

Interessante Mitgliederversammlung der SVP Russikon

Der Präsident der SVP Russikon Hans Aeschlimann eröffnet die Mitgliederversammlung und heisst Gemeindepräsident Eugen Wolf als Gastreferenten herzlich willkommen.

Weiter begrüsst Parteipräsident Aeschlimann die in stiller Wahl als Mitglied Rechnungsprüfungskommission bestätigte Sarah Mohr-Lämmle sowie die für das Präsidium der Rechnungsprüfungskommission kandidierende Katharina Dönni. Dank ihrer hohen Sozialkompetenz, ihrer konstruktiven bisherigen Arbeit in der RPK und ihren kommunikativen Fähigkeiten wird sie von der Mitgliedern einstimmig unterstützt. Die Wahl findet am 17. Juni 2012 statt. Die Kandidatur von Katharina Dönni wird auch von der FDP Russikon unterstützt.

Präsident Hans Aeschlimann orientiert, dass die Nationalratskommission WAK beschlossen hat die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zu verschärfen. Dabei steht eine Solidarhaftung gegenüber Subunternehmern im Brennpunkt. Es ist praktisch unmöglich, dass ein Unternehmer für seine Subunternehmer (meistens KMU-Betriebe) solidarisch haften kann. Dieses Ansinnen ist KMU feindlich und schadet unserer Volkswirtschaft.

Gemeindepräsident Eugen Wolf stellt die Jahresrechnung 2011 vor. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss. Die Mitglieder der SVP Russikon stimmen der Jahresrechnung einstimmig zu. An der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2012 wird die Jahresrechnung detailliert präsentiert.

Parteipräsident Hans Aeschlimann erläutert die Gemeindeinitiative „Stille Wahlen“. Bei der ordentlichen Wahl der Gemeindebehörden soll in Zukunft auf stille Wahlen verzichtet werden. Kandidaten sollen, auch wenn nicht mehrere Bewerber für ein Amt zur Verfügung stehen, an der Urne gewählt werden. Gegenüber der zurzeit gültigen Gemeindeordnung fordert die Initiative im Weiteren, dass zur Wahl stehende Behördenmitglieder Ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben müssen. Diese Initiative wurde zusammen mit der FDP Russikon in Form einer ausgearbeiteten Vorlage formuliert und gelangt ebenfalls am 17. Juni 2012 zur Abstimmung. Sie wird vom Gemeinderat unterstützt.

Die Kantonalen- und eidgenössischen Vorlagen vom 17. Juni werden von den Vorstandsmitgliedern vorgestellt und die Parolen gefasst. In Abweichung zur Kantonalpartei beschliessen die anwesenden Mitglieder die Initiative „für freie Ladenöffnungszeiten“ abzulehnen. Für die Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ wird Stimmfreigabe beschlossen.

Nachfolgend die Erläuterungen zu den Vorlagen im Detail:

Steuergesetz (Nachvollzug Unternehmenssteuerreform des Bundes)

Das Bundesgesetz vom 12. Juli 2010 sah die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen vor. Mit dieser Vorlage soll nun die Reform in der kantonalen Gesetzgebung nachvollzogen werden. Die Änderungen sollen die Stellung des Wirtschaftsstandorts Zürich verbessern. Die mehrfache Besteuerung des gleichen Steuersubstrats wird teilweise reduziert. Beispiele in anderen Kantonen zeigen, dass die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen mit der Zeit die Steuereinsparungen mehr als wettgemacht haben.

Die Mitglieder der SVP Russikon stimmen dieser Vorlage einstimmig zu.

Beschluss Kantonsrat betr. Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz

Die Hauptvorlage A regelt die Spitalversorgung- und Finanzierung. Mit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung per 1. Januar 2012 wurde die Spitalfinanzierung auf den Kanton und die Spitäler aufgeteilt. Die Gemeinden bezahlen keine Restdefizite mehr – dafür müssen sie die Ambulant- und Langzeitpflege finanzieren. Das aktuelle Finanzierungsmodell sieht vor, dass sich die Spitäler zusammen mit den Kantonsbeiträgen selber finanzieren. Um künftige Investitionen tätigen zu können, müssen die Spitäler Rückstellungen bilden können. Würde diese Vorlage abgelehnt, wäre die ganze Spitalfinanzierung infrage gestellt.

Die Variante B sieht vor, dass gut wirtschaftende Spitäler gezwungen werden Beiträge in einen Fond zu zahlen. Der Fond soll weniger finanzstarke Spitäler oder solche mit besonderen Aufgaben (Universitäts-Spital) unterstützen.

Die Variante C will den Personalbestand und die Anstellungsbedingungen sichern.

Bei Ablehnung der Vorlagen wäre die, seit dem 1. Januar dieses Jahres praktizierte Spitalfinanzierung infrage gestellt. Resultieren würde ein Desaster in der Spitalversorgung.

Die Mitglieder der SVP Russikon unterstützen die Variante A einstimmig.

Verkehrsabgabegesetz

Die Initianten sind der Meinung, dass die Bemessungsgrundlagen für die Motorfahrzeugsteuern nicht den Anforderungen an eine verursachergerechte Abgabe mit ökologischen Anreizen entspricht. Darum sollen Fahrzeuge welche der Kategorie A der Energieetikette des Bundes angehören zulasten der andern motorisierten Verkehrsteilnehmer entlastet werden. Bestraft werden damit alle, die auf ein grösseres Auto angewiesen sind und sich nicht alle vier Jahre ein neues Auto leisten können. Dies betrifft vor allem Familien, Rentner, den Mittelstand aber auch Besitzer von Wohnmobilen, Wohnwagen, Pferdetransportern und Bootsanhängern. Auch Gewerbetreibende die auf grössere Fahrzeuge angewiesen sind würden mit der geplanten Strafsteuer belegt. Die sich laufend verändernde Modell und Typenvielfalt würde zu einem bürokratischen Verwaltungsakt.

Die Mitglieder der SVP Russikon lehnen die Initiative einstimmig ab.

Volksinitiative der Kunde ist König

Die Volksinitiative will die Ladenöffnungszeiten vollständig liberalisieren. An Sonntagen und anderen öffentlichen Ruhetagen soll das Offenhalten von Detailhandelsbetrieben wie an Werktagen ohne zeitliche Beschränkung möglich sein. Solange aber wegen des Sonntagsarbeitsverbots kein Verkaufspersonal angestellt werden kann, würde die Initiative kaum etwas ändern. In der Diskussion haben etliche Mitglieder der SVP Russikon auch auf die Zunahme der Belastung des Verkaufspersonals und auf die schwach besuchten Geschäfte bei verlängerten Ladenöffnungszeiten hingewiesen.

Die Mitglieder der SVP Russikon lehnen die Initiative ab.

Volksinitiative „Freie Schulwahl ab der 4. Klasse“

Die Initiative verlangt, dass ab der vierten Klasse die freie Wahl zwischen öffentlichen und privaten Schulen eingeführt wird und, dass der Staat die bewilligten Privatschulen wie die öffentlichen Schulen finanziert. Grundsätzlich wäre auch ein Mehr an Wettbewerb bei den Schulen zu begrüßen. Die Annahme der Vorlage könnte aber dazu führen, dass in einzelnen Gemeinden zusätzliche Kapazitäten aufgebaut werden müssten. Der Aufwand für Gemeinden und Schulen nähme zu.

Die Mitglieder der SVP Russikon lehnen die Initiative einstimmig ab.

Volksinitiative zum Erhalt der landw. und ökologisch wertvollen Flächen

Die Initiative will den Erhalt der landw. und ökologisch wertvollen Flächen fördern. Diese Flächen sollen neu auch auf das Siedlungsgebiet ausgedehnt werden. Die Initiative rennt offene Türen ein. Das Raumplanungsgesetz des Bundes ist griffig genug. Zurzeit wird der Kantonale Richtplan überarbeitet und ist für die Vorgaben des Bundes das richtige Instrument für die Umsetzung.

Würde die Initiative angenommen müssten Auszonungen von Reserveland erfolgen. Die Initiative ist eine Zwängerei der Grünen. Sie zielt auf die Schaffung von noch mehr Ökoflächen ab. Für die produzierende Landwirtschaft stünde noch weniger Fläche zu Verfügung.

Die Mitglieder der SVP Russikon lehnen die Initiative einstimmig ab.

Im weiteren wurden die folgenden Eidgenössischen Vorlagen diskutiert:

Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“

Die Volksinitiative will den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch Bausparen steuerlich fördern. Bei einer Annahme der Initiative wären Bund und Kantone verpflichtet, einen Steuerabzug für Bauspareinlagen zu gewähren. Heute schon wird Bausparen steuerlich gefördert. So können Vorsorgegelder vor der Pensionierung zu einem günstigeren Steuertarif für das Wohnungswesen vorbezogen werden. Bei Preisblasen im Immobiliensektor könnten deshalb Personen, welche mit Pensionskassengeldern ihre Immobilien finanziert haben feststellen, dass ihre investierten Pensionskassengelder nicht werthaltig blieben. Bei einem Verkauf der Immobilie würden sie weniger erhalten, als sie bezahlt haben. Aus diesem Grund wäre eine zusätzliche, nicht pensionskassengelderbasierte Finanzierung von Immobilien zu begrüssen. Die Initiative lässt offen, wie steuerlich mit Sparguthaben umgegangen werden soll die nicht für den Erwerb von Immobilien verwendet werden.

Die Mitglieder der SVP Russikon beschliessen Stimmfreigabe.

Volksinitiative „Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik“

Die Volksinitiative will das obligatorische Referendum bei Staatsverträgen ausweiten. Bei Beitritten zu wichtigen Organisationen (wie EU, Nato, ...) kommt das obligatorische Referendum zum tragen. Das fakultative Referendum findet bei unbefristeten, unkündbaren Verträgen und solchen, die Schweizer Gesetze tangieren Anwendung. Dies, wenn 50'000 Unterschriften oder wenn 8 Kantone ein Referendum verlangen. Die Initiative will Verhindern, dass wichtige Abhängigkeiten schleichend eingeführt werden. Dies, indem beispielsweise schrittweise EU Recht übernommen wird. Neu sollen unter anderem finanzielle Zusagen über 100 Millionen CHF pro Jahr oder 1 Milliarde CHF Total dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Bundesrat, viele National- und Ständerate und Bundesbeamte sind gegen mehr Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger.

Die Mitglieder der SVP Russikon nehmen die Initiative einstimmig an.

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung

Die integrierte Versorgung (Managed Care) soll im Gesetz verankert werden. Die integrierte Versorgung soll einerseits die stetig zunehmenden Kosten (und Krankenkassenprämien) eindämmen und durch Behandlung (Diagnose und Therapie) in einem Netzwerk von Ärzten die Qualität medizinischer Leistungen erhöhen. Eine versicherte Person, die sich für dieses Modell entscheidet und bereit ist, medizinische Primärleistungen von einem gewählten Versorgungsnetz in Anspruch zu nehmen, vermeidet damit den Anstieg ihres Selbstbehaltes. Die Gegner befürchten Nachteile, wenn die freie Arztwahl auch bei Spezialisten nicht mehr gewährleistet ist.

Die Mitglieder der SVP Russikon lehnen die Initiative ab.